

FDP
Die Liberalen



BASELBIETER FREISINN

Schwerpunkt Europapolitik	2 bis 8	Altersvorsorge	16	FDP Frauen	18	Gemeinsinn	22
Baselland	9 bis 15	Regulierungsbremse	17	RADIGAL	19	Agenda und Umfrage	23

7. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

Inhalt

Schwerpunkt Europapolitik

In den kommenden Jahren muss die Schweiz das Verhältnis mit der EU weiterentwickeln. Im grossen Schwerpunkt sagen u.a. Bundesrat Cassis, Petra Gössi, Beat Walti, Hansjörg Brunner und Pierre Maudet, wo wir stehen und was die FDP will.

Seiten 2 bis 8

FDP Urban

Die neu gegründete FDP Urban will liberale Lösungen für spezifisch städtische Herausforderungen entwickeln und die Schlagkraft der FDP im urbanen Raum stärken.

Seite 20

Schwerpunkt Europapolitik

Liebe Leser/innen, der «Freisinn» erhält dieses Jahr ein «Update». Teil des Konzepts sind nationale Themenschwerpunkte. Der kantonale Teil folgt in dieser Ausgabe deshalb ab Seite 9. Gerne nehmen wir Ihre Meinung dazu in der Umfrage auf Seite 23 entgegen. Vielen Dank für Ihre geschätzte Rückmeldung.

Geschätzte Freisinnige

Am 10. Juni befassen sich drei von vier kantonalen Abstimmungsvorlagen mit dem Thema «Bildung». Die Idee hinter dem neu zu schaffenden «Beirat Bildung» ist im Grundsatz ganz einfach: Alle politischen Organe müssen Rechenschaft ablegen. Das soll auch im Bildungsbereich gelten. Aber nun der Reihe nach:

Wir bewegen uns in einem demokratisch fein ausgewogenen System. Alle vier Jahre werden Landrat und Regierung vom Stimmbürger gewählt, und bei kantonalen Abstimmungen befindet das Stimmvolk als letzte Instanz über politische Entscheide. Die Regierung erarbeitet beispielsweise eine neue Gesetzesvorlage aufgrund einer vom Landrat überwiesenen Motion oder aufgrund einer Änderung eines Bundesgesetzes. Im Rahmen einer Vernehmlassung werden neue Vorlagen der breiten Öffentlichkeit (allen interessierten Personen und Verbänden) zur Beurteilung unterbreitet. Die Rückmeldungen werden wiederum von der Regierung und deren Direktionen in die Vorlage integriert. Danach kommt die Vorlage in die vorberatende landrätliche Kommission. Diese bearbeitet und beurteilt die Vorlage kritisch. Bei Bedarf werden wiederum interessierte Personen oder Verbände zur Stellungnahme in die Kommissionen eingeladen. Erst wenn die entsprechende Kommission zu einem Ergebnis gekommen ist, wird die Vorlage in



Damit die Aufgabenteilung in der Bildung künftig klarer festgelegt ist – der Beirat Bildung berät.

zwei Lesungen im Landrat beurteilt. Wird im Landrat eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit erreicht, gibt es die Möglichkeit, ein fakultatives Referendum zu ergreifen. Wird jedoch keine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit erreicht, kommt es zwingend zu einer Volksabstimmung.

Warum gebe ich Ihnen eine Zusammenfassung dieses ordentlichen politischen Prozesses? Der bis anhin bestehende Bildungsrat ist nicht in dieses demokratisch fein ausgewogene System eingebunden.

Im Gegenteil. Der Bildungsrat wird im Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002 unter «4. Kantonale Behörden» bei den Aufgaben des Landrates, des Regierungsrates und der Direktionsvorstehenden für Bildung, Kultur und Sport aufgeführt und dabei zuerst genannt. Damit wird dem Bildungsrat eine entsprechend übergeordnete Bedeutung beigemessen. Gemäss §85 beschliesst der Bildungsrat die Lehr-

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 1

pläne und die Stundentafeln der einzelnen Schulstufen sowie die dazugehörigen obligatorischen Lehrmittel. Hier offenbart sich, dass der Bildungsrat über die Bildung vom Kindergarten bis zum Gymnasium bestimmt. Die Regierung sowie der Landrat und damit die vom Stimmvolk legitimierten Instanzen werden aussen vorgelassen. Der Bildungsrat muss zudem keine Rechenschaft über die von ihm gefällten Entscheide und deren finanzielle Konsequenzen ablegen. Weil der Bildungsrat nicht in das oben beschriebene politische System eingebettet ist, können Entscheidungen des Bildungsrates nur durch Volksinitiativen korrigiert werden. Jetzt wissen wir auch, warum in den letzten Jahren so viele Initiativen im Bereich Bildung eingereicht und immer wieder vom Stimmvolk beurteilt werden mussten. **Der Bildungsrat ist somit eine Parallelregierung im Bildungsbereich des Kantons.**

Dies gilt es zu korrigieren, einer durch und durch **freisinnigen Haltung** folgend: Kein Organ darf Entscheide fällen, ohne über deren Konsequenzen sowie über die benötigten finanziellen Mittel Rechenschaft ablegen zu müssen.

Der Regierungsrat sowie der Landrat mit 47 Ja- zu 34 Nein-Stimmen und einer Enthaltung empfehlen, das Bildungsgesetz anzupassen und einen «Beirat Bildung» zu schaffen.

Der **Beirat Bildung** wird ausschliesslich beratende Funktion haben und nach den zu behandelnden Themen aus einer festgelegten Anzahl Fachpersonen (Lehrende, Schulleitungen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) neu zusammengestellt. **Die abschliessende Verantwortung trägt die Regierung, welche auch die Entscheide fällt. Ich empfehle Ihnen deshalb, unserer Fraktion und dem Parteitag zu folgen und der Vorlage zur Schaffung eines Beirats Bildung zuzustimmen.**

Freisinnige Grüsse

Paul Hofer,
Parteipräsident FDP BL

Editorial

«Meine Seite»



Paul Hofer und Marianne Hollinger

Vielen Dank Marianne Hollinger und herzlich willkommen Jacqueline Bader Rüedi!

Marianne Hollinger – Parteileitungsmitglied, Gemeinderatspräsidentin und Landrätin. Sie kann auf eine beeindruckende Laufbahn im Landrat zurückblicken. Wer Marianne kennt, ist nicht erstaunt, dass sie 2013 mit einem glanzvollen Resultat zur Landratspräsidentin gewählt wurde und so zeitweise das Amt der höchsten Baselibieterin innehatte. Sie gab kürzlich ihren Rücktritt per Ende April 2018 aus dem Landrat bekannt. Wir kennen Marianne als engagierte, freisinnige, gut gelaunte, aber auch sehr kritische Person, und genau als solche werden wir sie in der Fraktion vermissen. Im Namen der Fraktion und der Parteileitung der FDP BL danke ich Marianne für ihr grosses Engagement im Landrat und in der Fraktion. Wir freuen uns, dass du in deinem Amt als Gemeindepräsidentin sowie als Mitglied der Parteileitung der FDP BL erhalten bleibst. Für Marianne Hollinger rückt Jacqueline Bader Rüedi aus Reinach in den Landrat nach. Ich heisse sie im Namen der Fraktion ganz herzlich willkommen und ich wünsche ihr viel Freude an der politischen Arbeit.

Digitalisierung, Digitalisierung, Digitalisierung ...

... dieses Wort können wir beinahe nicht mehr hören, so oft wird es uns



Jacqueline Bader Rüedi

um die Ohren gehauen. Mein junges Team und ich haben uns diesem Thema dennoch angenommen. Die zentrale Frage war: Wie können wir auf der Geschäftsstelle die Instrumente nutzen, welche uns dank der Digitalisierung zur Verfügung stehen? Und wie können wir damit die Sichtbarkeit der FDP BL stärken? Dazu haben wir unsere Mandatsträger zu einem Digitalisierungs-Workshop eingeladen. Im Fokus standen der Umgang mit der digitalen Öffentlichkeit, das Kennenlernen der Algorithmen, welche die Sichtbarkeit von politischen Inhalten beeinflussen, sowie die Weiterbildung im Umgang mit Social Media. Es freut uns, dass der Workshop auf sehr gros-

ses Interesse gestossen ist: Der Raum war bis auf den letzten Platz gefüllt. Naomi Reichlin, Gina Zehnder und Florian Sennhauser führten durch den Abend. Wir konnten mit einer Regierungsrätin, Landrätinnen und Landräten, Gemeinderatsmitgliedern, Sektionspräsidenten und Parteileitungsmitgliedern einen intensiven Workshop durchführen. Als nächster **Meilenstein** sind die Entwicklung und Einbindung von spezifischen politischen und auf Online-Plattformen abgestimmten Inhalten in Planung.

Paul Hofer,
Parteipräsident und Landrat

Die nächsten Events

27. Juni 2018:

Parteitag der FDP BL, Grün80 Münchenstein

18. August 2018:

Tag der FDP (Schweiz), Davos Graubünden

23. August 2018:

Parteitag der FDP BL, KUSPO Pratteln

29. September 2018:

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz, KUSPO Pratteln

Interview

Sabine Pegoraro – seit 2003 ...

Peter Tobler, Reinach

Mit der Ankündigung, bei den Wahlen im März 2019 nicht mehr kandidieren zu wollen, hat Sabine Pegoraro ein klares Zeichen gesetzt. Sie bleibt noch ein ganzes Jahr im Amt und will diese Zeit bestmöglich für laufende und auch neue Projekte nutzen. So sollen etwa im Oktober 2018 nach dreijähriger Bauzeit die neue Fachhochschule Nordwestschweiz in Muttenz eingeweiht, die Planung des Zurbringers Bachgraben an die Nordtangente und die Umfahrung Allschwil vorangetrieben sowie die Realisierung der neuen Rheinstrasse im Entwicklungsgebiet Salina Raurica gestartet werden. Die FDP BL dankt ihrer Regierungsrätin schon jetzt für den langjährigen Einsatz für den Kanton und auch für die Partei.

Die erfolgreiche Advokatin und Notarin hat ihre politische Karriere 1994 als Bezirksrichterin in Arlesheim begonnen, war dann ab 1995 in der kantonalen Parteileitung, die sie während zweier Jahre auch präsidierte. 1998 wurde sie in den Landrat und 2003 in den Regierungsrat gewählt. Im Regierungsrat übernahm sie zunächst die Sicherheit- und Justizdirektion, und anschliessend im Jahr 2011 die Bau- und Umweltschutzdirektion, der sie auch heute noch vorsteht.

Als Sicherheits- und Justizdirektorin war sie verantwortlich für die Reorganisation der Polizei und des Notariatswesens, die Einführung der Bundesprozessordnung (ZPO und StPO) ebenso wie für bodenständige Dinge wie die Beendigung des Harassenslaufs, die Schliessung der Hanfläden oder den Baselbieter Teil der Fussball-Europameisterschaft EURO 08. Und dies sind nur wenige Beispiele.

Ähnlich reichhaltig liest sich ihr ebenso erfolgreicher Palmarès als Baudirektorin, aus dem hier einige Beispiele genannt seien. Ihr Ziel war es, so weit als möglich den Investitionsstau im Baselbiet zu beheben und das zu bauen, was das Baselbiet eigentlich braucht. Das hat die Baudirektorin

trotz knapper Mittel zumindest teilweise erreicht, etwa bei den Bildungsbauten (Sekundarschulhäuser, Fachhochschule Nordwestschweiz, Gymnasium Münchenstein), beim öffentlichen Verkehr (Doppelspur Leimental, Fusion der Waldenburgerbahn mit BLT und Ausbau auf Meterspur, grünes Licht beim Bund für Doppelspur im Laufental – nach 100 Jahren erfolglosem Vorlauf!), bei der Justiz (Straf-



Sabine Pegoraro

justizzentrum Muttenz), den Strassenbauten (von der A2 und dem Tunnel Schöntal über die Sanierungen beim Belchen- und Schänzlitunnel, der Projektierung Bachgraben in Allschwil oder der Durchstich Pfeffingerring in Aesch) und bei der Wirtschaftsförderung (Einigung der Grundeigentümer beim Projekt Salina Raurica).

Wo gearbeitet wird, gibt es auch Niederlagen, etwa in der Form von Vorlagen, die im Parlament oder vom Volk abgelehnt wurden. Für Sabine Pegoraro war dies jeweils zweifellos

eine Enttäuschung, aber sie weiss auch, dass die Stimmberechtigten hin und wieder eine andere Sichtweise haben als Regierung und Landrat. Dies ist Teil des funktionierenden politischen Systems und der politischen Rollenverteilung, auch wenn dies in Kommentaren nicht oft so zum Ausdruck kommt. Sabine Pegoraro antwortete frei und spontan auf meine nachstehenden Fragen:

Sabine, ich möchte dir zuerst noch zu deinem kürzlichen 60. Geburtstag gratulieren. Bist du nicht etwas amtsmüde, nach so langer Zeit in der Politik?

Sabine Pegoraro: Nein, gar nicht, meine Arbeit ist für mich nach wie vor sehr spannend, fordernd und befriedigend. Es gibt auch noch eine ganze Reihe von Dingen, die ich im nächsten Jahr noch anpacken oder erledigen will. Aber ich bin jetzt schon 15 Jahre im Amt, und ich komme in das Alter, in dem man in Pension geht, und das möchte ich auch tun. Was nachher kommt, ist noch offen. Es kommt ein neuer Lebensabschnitt, auf den ich mich auch sehr freue.

Was ist spannend an deiner Arbeit?

Pegoraro: Es sind zum einen die Themen und Probleme, die in schneller Folge auf einen zukommen, und es sind vor allem die Menschen, mit denen man im ganzen Kanton und auch ausserhalb Kontakt hat. Gerade dieser persönliche Kontakt ist besonders bereichernd für meine Arbeit.

Was war für dich der Höhepunkt bei deiner Tätigkeit als Justizdirektorin?

Pegoraro: Die Breite der Anforderungen: auf der einen Seite juristisch sehr

anspruchsvolle Gesetzesvorlagen und auf der anderen Seite die Praxisarbeit, etwa mit beispielsweise dem Harassenslauf oder den Hanfläden als Problem.

Und der Höhepunkt als Bau- und Umweltdirektorin bis anhin?

Pegoraro: Gestalten und bauen, und damit die Probleme für die Zukunft des Baselbiets lösen, in allen Bereichen. Aber auch der Energiebereich und der Verkehr bringen jeden Tag neue Herausforderungen. Und da ist natürlich der Kontakt mit den Behörden der Nachbarkantone, des Bundes und des benachbarten Auslands. Es läuft ständig sehr viel. So weit als möglich will ich alles abschliessen, was noch nicht fertig ist.

Gab es auch Dinge, die dich persönlich besonders getroffen haben?

Pegoraro: Ja, die gibt es. Der plötzliche Tod meines Amtskollegen Peter Zwick, mit dem ich sechs Jahre in der Regierung eng zusammengearbeitet habe. So etwas geht einem sehr nah.

Die politischen Auseinandersetzungen sind über die Jahre härter geworden, so wie ich das wahrnehme. Beunruhigt dich das?

Pegoraro: Bis zu einem gewissen Grad, ja. Früher war es eher üblich, dass man sich nach einem Streit auch wieder zusammengesetzt hat, z. B. bei einem Bier. Heute findet das weniger statt. Parteibehauptungen treten zudem vermehrt an die Stelle von Sachargumenten.

Gibt es auch Probleme mit dem Landrat?

Pegoraro: Auseinandersetzungen gehören zur Demokratie. Die Gewaltenteilung muss aber gewahrt werden und die Dispute im Landrat dürfen nicht auf die persönliche Ebene geraten.

Und nun eine ganz persönliche Frage: Würdest du deinem Sohn empfehlen, in der Politik mitzumachen?

Pegoraro: Ja, sicher!

FDP nimmt Stellung zur Anpassung des kantonalen Richtplans

Für einen massvollen Ausbau von Schiene und Strasse

Peter Issler,
Präsident der Fachkommission
Bau und Planung



Peter Issler

Die Regierung unterbreitet dem Landrat eine Vorlage mit Anpassungen von vier Objektblättern des kantonalen Richtplans. Diese betreffen das Agglomerationsprogramm, die übergeordneten Projekte, das Kantonsstrassennetz und das Schienennetz. Auslöser dieser Richtplananpassung ist die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms Basel, 3. Generation und die offizielle Einreichung beim Bund Ende Dezember 2016. Die FDP BL nahm in Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens dazu Stellung, dies mit Beschluss des Parteirates vom 22. März 2018.

Wir stimmen den vorgeschlagenen Anpassungen des kantonalen Richtplans bezüglich der vier bestehenden Objektblätter V1.2, V2.1, V2.2 und V2.3 mit den entsprechenden Einträgen in den Richtplankarten grundsätzlich zu. Die FDP BL begrüsst damit den vorgesehenen massvollen

Ausbau sowohl des Kantonsstrassennetzes als auch des Schienennetzes. Ausbau und Weiterentwicklung der Verkehrssysteme sowohl für den Individualverkehr als auch für den öffentlichen Verkehr sind nicht nur zur Eliminierung der bestehenden Kapazitätsengpässe, sondern auch im Hinblick auf die zukünftige Siedlungsentwicklung richtig und wichtig.

Zur Vorlage schlagen wir folgende Ergänzungen vor:

Strassennetz

■ Das Vorhaben «H2, Erneuerung und Erweiterung Umfahrung Liestal» soll nicht vollständig aus dem Richtplan gestrichen, sondern dem aktuellen Planungsstand angepasst werden. Die Trasseesicherung für die Portale eines zukünftigen Schleifenbergtunnels ist als Vororientierung in das Objektblatt aufzunehmen.

■ Im Raum Allschwil soll der Zubringer Bachgraben–Nordtangente im Richtplan nicht nur als Vororientierung, sondern als Zwischenergebnis integriert werden.

■ Wir beantragen, dass die Planung des Tunnels Allschwil, welcher den Zubringer Bachgraben – Nordtangente zu einer Umfahrung Allschwil ergänzt, nicht nur in Abstimmung mit der Gemeinde, sondern auch mit dem Kanton Basel-Stadt erfolgt.

■ Wir unterstützen die Trasseesicherung für die Teilumfahrung Reinach Süd als Entlastung der Bruggstrasse vom Tangentialverkehr. Diese muss aber unterirdisch erfolgen, zum

Schutz der Landschaft und des Quartiers Fiechten.

■ Die immer noch aufgeführten Umfahrungen Waldenburg und Rickenbach sind zu streichen, sie sind nach unserer Auffassung überholt und deshalb obsolet.

Schienennetz

■ Die gestrichene Etappierung der Trammerschliessung Salina Raurica ist wieder aufzunehmen (erste und zweite Etappe). Wir finden es sinnvoll, zuerst die erste Etappe ins Gewerbegebiet Grüssen zu erstellen und dann deren Wirksamkeit zu überprüfen, bevor über die zweite Etappe entschieden wird.

■ Das neue Wendekreisgleis in Aesch soll nicht als Vororientierung, sondern als Zwischenergebnis festgelegt werden.

Falls der Regierungsrat diese Anliegen nicht in die definitive Landratsvorlage aufnimmt, wird sich die FDP-Fraktion in den Beratungen der Bau- und Planungskommission sowie des Landrats entsprechend dafür einsetzen.

Der Parteitag vom 19. April 2018 hat die folgenden Parolen gefasst:

NEIN zum Geldspielgesetz

Bezüglich Vollgeldinitiative folgt die FDP Baselland der Parolenfassung der FDP Schweiz: **NEIN-Parole**

JA zur Änderung des Bildungsgesetzes (Gegenvorschlag des Landrats zur zurückgezogenen formulierten Gesetzesinitiative «JA zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen»)

NEIN zur nicht formulierten Initiative «Stopp der Überforderung von Schüler/-innen: Eine Fremdsprache in der Primarstufe genügt»

JA zur Änderung des Bildungsgesetzes (Ersatz Bildungsrat durch Beirat Bildung)






NEIN zur Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (Aufhebung der Gebührengrenze)

Wahlempfehlung am 10. Juni 2018

Dr. iur. Fabia Spiess
als Richterin am Zivilkreisgericht West!



Wussten Sie schon? Die FDP Baselland ist auch online vertreten:

	www.fdp-bl.ch
	FDP.Die Liberalen Baselland
	@FDP_BL
	FDP Baselland
	FDP Baselland

Spitalfusionspläne Basel-Stadt und Baselland

Kein Allheilmittel für strukturelle Probleme

**Sven Inäbit, Landrat,
Vizepräsident der landrätlichen
Volkswirtschafts- und
Gesundheitskommission**

Die kritische Beleuchtung der Fusionspläne zwischen dem Universitätsspital Basel (USB) und dem Kantonsspital Baselland (KSBL) durch die FDP BL im Januar 2018 hat ein kontroverses Echo ausgelöst. Entgegen dem leichtfüssigen Trend in der restlichen Parteienlandschaft, die Fusion als einzigen Ausweg für die strukturellen Probleme der beiden Grossspitäler in der Region zu sehen, postulierte die FDP BL eine differenzierte Betrachtung der Risiken und Chancen zu diesem Megaprojekt. Einerseits ist den Kantonsregierungen zu attestieren, eine sorgfältige Analyse des Gesundheitsraums Nordwestschweiz vorgenommen zu haben; und mit der Absicht, in einem Staatsvertrag «Gesundheitsplanung» eine künftige gemeinsame Planung und Steuerung zu realisieren, haben diese die Weichen prinzipiell richtig gestellt. Es ist das Gebot der Stunde, besser zu koordinieren und die Kosten für den Prämien- und



Sven Inäbit

Steuerzahler zu lenken. Ob hingegen die Fusion von KSBL und USB das richtige Mittel hierzu ist, bleibt auch nach Veröffentlichung der definitiven Gesundheitsvorlagen letzten Februar mehr als fraglich. Die Bedenken, dass die Kantone in ihrer Mehrfachrolle als Eigner, Regulator, Besteller und Aufsicht die öffentlichen Spitäler und damit die Spitalgruppe bevorzugen und damit ungleiche Voraussetzungen für den Wettbewerb mit den Privatspitälern schaffen, konnten nicht zerstreut werden. Die geschätzten Synergien von 70 Millionen Franken sind lediglich ca. 10 Prozent der heutigen Kosten

und müssten in einem effizienten Unternehmen auch ohne Grossrisikofusion – und damit verbundenen möglichen Kollateralschäden – mittelfristig eingespart werden können. Und last but not least bleibt auch in der definitiven Vorlage der Kanton BL in der Spitalgruppe der Juniorpartner, der nur in ganz wenigen der wichtigen Entscheidungen eine Sperrminorität haben wird. Und dies erst noch zu einem Einkaufspreis von 11,4 Millionen Franken für diese Minderheitsbeteiligung. Der alternative Weg über eine Straffung der bestehenden Strukturen und Ausrichtung für eine Zukunft, die die beiden Spitäler aus eigener Kraft besser gegenüber dem Wettbewerb aufstellt, konnte von den Verwaltungsräten und den Regierungen bisher nicht schlüssig aufgezeigt werden. Die FDP BL pocht hier nach wie vor in aller Deutlichkeit auf eine weitere Vertiefung, um in der Abstimmung zum Fusionsvertragswerk eine umfassende Entscheidungsgrundlage über Vor- und Nachteile eines Zusammen- oder Alleingangs zu haben.

In Bezug auf das Ziel «Sicherung der universitären Medizin» ist die FDP

BL ebenfalls der Ansicht, dass neue Ansätze mit vertieftem und verbindlicherem Einbezug der regionalen Spitäler zum Ziel führen können. Ein Netzwerk mit privaten Leistungsträgern in der Spitzenmedizin würde zu einer wesentlich breiteren Abstützung der universitären Medizin führen und auch das Ausbildungsbedürfnis der medizinischen Fakultät besser abdecken.

Wie läuft dies nun auf politischer Ebene weiter? Auch wenn die Ansichten über das Projekt kontrovers sind, besteht parteiübergreifend Einigkeit über das Gebot zur raschen Klärung. Gross ist die Verunsicherung in den beiden Unternehmen, ihren Mitarbeitenden, Patienten und Ärzten über die künftige Ausrichtung. Bis Mitte 2018 laufen die Beratungen in den Gesundheitskommissionen von Stadt und Land. In Hearings wird eruiert, wie Beteiligte und weitere Stakeholder im Gesundheitswesen Aspekte zur Fusion betrachten. Ebenso kommen Experten zu ökonomischen Aspekten zu Wort sowie weitere Kreise mit ihrer Expertise in verschiedenen Dimensionen, um ein umfassendes Bild zu gewinnen. Ebenso müssen finanzielle Auswirkungen auf den Kanton geprüft werden. Daraus ergibt sich ein Kommissionsbericht an den jeweiligen Rat, so dass Gross- und Landrat die Vorlagen ab Sommer 2018 debattieren können. Es zeichnet sich ein breiter Konsens ab, dass diese Staatsverträge dem Volk aufgrund der Tragweite auch ohne Referendum am 10. Februar 2019 zur Abstimmung vorgelegt werden.

Schon jetzt ist – unabhängig vom Projekt Gesundheitsraum Nordwestschweiz – klar: Die Frage, wie viel Regulierung das Gesundheitswesen künftig braucht, um die Kostenentwicklung nachhaltig zu beeinflussen, wird ein Hauptthema der nächsten Jahre in der Gesundheitspolitik sein. Hier wird die FDP BL eine wichtige Rolle in der ausgewogenen Ausgestaltung der Rahmenbedingungen einnehmen. Unser liberaler Kompass bleibt unsere Orientierungsmarke.



Fusion als einziger Ausweg?

Ressort Gemeinden

Der Erfolg beginnt in den Gemeinden

**Marianne Hollinger, Landrätin,
Gemeindepräsidentin Aesch**

Mit dieser Überzeugung hat die neue Parteileitung ein Ressort «Gemeinden» geschaffen, und mir wurde die Aufgabe übertragen, dieses Ressort zu besetzen. Was für eine tolle Herausforderung für mich, als langjährige Gemeindepräsidentin, meine Erfahrung einbringen zu dürfen. Gemeinderäte, aber auch Schulräte, Mitglieder von Sozialbehörden, von Gemeindekommission und Einwohnerrat, ja auch jedes Mitglied einer Kommission oder Arbeitsgruppe: Sie alle leisten beste Basisarbeit direkt am Puls der Bevölkerung. Und so manch lockeres Gespräch, vielleicht ganz zufällig in der Dorf-Metzg, hat schon den Grundstein gelegt für die Mitgliedschaft in der Partei. «Chunnsch emol uf d Lischte?» wird oft kurz vor den Wahlen



Marianne Hollinger

ziemlich wahllos gefragt. Das kann dann und wann der Beginn zu einer politischen Karriere sein. Zielführender aber ist es, den Dialog zur Basis ständig zu führen, denn: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Dazu gehört für die Parteileitung auch der Dialog zwischen Kantonalpartei und Ortsektionen. Als ersten Schritt dazu hat

die Parteileitung sämtliche freisinnigen Baselbieter Gemeinderäte eingeladen, frei nach den Worten von Johann Wolfgang von Goethe:

«Wer nicht neugierig ist,
erfährt nichts.»

Und wir haben viel voneinander erfahren, am Abend vom 8. Februar 2018. Zugegeben, das Datum am Schmutzigen Donnerstag hat den einen oder anderen wohl von einer Teilnahme abgehalten. Doch die anwesenden Gemeinderäte haben mit ihren klaren Vorstellungen und differenzierten Voten den Abend zum Erfolg werden lassen. Eröffnet wurde der Abend mit einem spannenden Impulsreferat von Nationalrätin Daniela Schneeberger zum Thema Wahlen. Auch sie ist der Meinung «Der Stammtisch im Dorf ist ein wichtiger Bestandteil der Basis-

arbeit». Vizepräsidentin Naomi Reichlin überzeugte die Anwesenden mit dem Thema «Keine Angst vor jungen KandidatInnen». Bevor die Gemeinderäte in verschiedenen Workshops eigene Inputs bringen konnten, erklärte Daniel Schwörer die juristischen Freiräume für Gemeinderäte. Im kurzen Workshop zur Zusammenarbeit zwischen Kantonal- und Ortsparteien stand eine verbesserte Informationspraxis sowohl von der Kantonalpartei als auch zwischen Gemeinderäten und der Fraktion und Regierung im Zentrum. Präsident Paul Hofer schloss den Abend ab wie gewohnt motivierend und sprach von einer mutigen, bürgerlichen, freisinnigen Politik. Der anschließende Apéro brachte noch mehr Raum für gegenseitigen Austausch... der Start zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton ist gelegt. Auf geht's!

FDP Reinach

Von Thun zum Gemeindepräsidium in Reinach

**Melchior Buchs,
Gemeindepräsident Reinach**

Wie viel Reinach steckt im FDP-Politiker Melchior Buchs? Diese Frage stand im Zentrum der Schlussphase des Wahlkampfes zum Gemeindepräsidium in Reinach. Wer und was bestimmt, wie viel eines Wohnortes in einer Person steckt? Und warum soll das ein Eignungskriterium für einen Gemeindepräsidenten sein?

Mit der Gründung einer Firma bin ich 2010 in den Business Parc in Reinach, das Zentrum für Start-ups, gekommen. 2014 durfte ich dort die Geschäftsführung übernehmen. Das war auch der Auslöser für die Verlegung des Wohnsitzes von Thun nach Reinach. Ein politisches Engagement hatte ich nicht geplant. Mit dem Ausscheiden aus dem Grossen Rat des Kantons Bern im Jahr 2006 war dieses aus meiner Sicht beendet. Ich war



Melchior Buchs

während 15 Jahren aktiv zuerst als Stadtrat von Thun (Legislative), dann während acht Jahren als hauptamtlicher Gemeinderat (Exekutive) und zusätzlich sechs Jahre als Grossrat. Als Gemeinderat war ich Vorsteher der Baudirektion und auch Vize-Stadtpäsident. Nach zwei Legislaturen wollte ich beruflich etwas Neues beginnen

und gründete in Thun eine Firma für Raumplanung und Regionalentwicklung.

2016 trat ich in Reinach zusammen mit dem Bisherigen Klaus Endress zu den Gemeinderatswahlen an. Weil ich nach knapp zwei Jahren in Reinach kaum bekannt war und zudem alle Bisherigen zur Wiederwahl antraten, rechnete ich mir keine Chancen aus. Umso grösser war die Überraschung, dass ich für die FDP einen zweiten Sitz erobern konnte. Mein Einstieg in die Reinacher Politik war geprägt durch die Vorkommnisse beim Asylzentrum, die zum Rücktritt des Gemeindepräsidenten, Urs Hintermann, und eines zweiten Gemeinderates führten.

Es sind die nicht voraussehbaren Konstellationen, welche die Politik spannend und reizvoll machen können. Die FDP Reinach hat darauf verzichtet, einen dritten Sitz im Gemeinderat anzupeilen und stattdessen den

Anspruch auf das Gemeindepräsidium angemeldet. Diese Strategie ist letztlich aufgegangen, obwohl keine andere Partei meine Kandidatur offiziell unterstützt hat und die Medien meine Chancen als gering eingestuft haben. Der Ausgang der Wahl zum Gemeindepräsidium hat einmal mehr deutlich gezeigt, dass es auf jede Stimme ankommen kann. Ich hatte nur 18 Stimmen mehr als das absolute Mehr. Was letztlich trotz der Diskussion um meine fehlende Reinacher-DNA den Ausschlag für den positiven Wahlausgang gegeben hat, lässt sich nicht abschliessend beurteilen. Wir haben mit den traditionellen Kommunikationsmitteln, aber auch über die neuen Kanäle der Social Medias den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern möglichst viele Informationen zu meiner Person vermittelt und so möglicherweise auch Leute erreicht, die nicht regelmässig abstimmen oder wählen gehen.

Jungfreisinnige Baselland

Wieso Junge ihre demokratischen Rechte nutzen sollten

Christoph Imwinkelried,
Co-Präsident Jungfreisinnige BL

In den nächsten Jahrzehnten wird sich unser Leben fundamental verändern. Mit der Digitalisierung und der Automatisierung werden sich viele Aspekte unseres Lebens weiter wandeln. Auch Problemen wie zum Beispiel dem demografischen Wandel oder dem Klimawandel muss begegnet werden. Die Schweiz ist ein erfolgreiches Land mit einer sehr hohen Lebensqualität, doch es ist nicht selbstverständlich, dass dies auch so bleibt. Als Junge sind wir von den Gesetzesreformen, welche in nächster Zeit dringend nötig sein werden, besonders betroffen. Gerade des-



Der ehemalige Präsident der JFBL Florian Sennhauser und der neue Vorstand.

wegen ist es besonders wichtig, sich auch als junger Mensch einzubringen und eine attraktive Zukunft aktiv mitzugestalten. Viele Junge interessieren sich nicht für Politik und bleiben der Urne fern, obwohl ihre Stimmen wichtig wären. Ältere wählen proportional häufiger, dadurch besteht ein Ungleichgewicht. Die jüngere Generation ist somit massiv unterrepräsentiert. Es liegt an uns Jungparteien, die jungen Wählenden zu mobilisieren und an die Urne zu bringen. Wieso auch sollte man die wertvollen demokratischen Rechte ungenutzt lassen und somit die Zukunft dem Zufall überlassen? Der neue Vorstand der Jungfreisinnigen Baselland hat das Ziel, genau dies zu ändern.

Die JFBL hat zwei neue Co-Präsidenten

Adrian Lipkovits

Ich bin 18 Jahre alt und besuche das Gymnasium Liestal im Schwerpunkt Wirtschaft und Recht. Als ehemaliger Co-Präsident der Schülerorganisation des Gym Liestals bringe ich Erfahrung im Planen und Organisieren mit. Mein Ziel ist es, möglichst viele Junge für den Freisinn zu mobilisieren. Dies möchte ich durch erhöhte Präsenz bei Podien und durch Standaktionen erreichen. Der Name «Jungfreisinnige» soll präserter werden im Baselbiet!

Christoph Imwinkelried

Ich bin 19 Jahre alt und besuche derzeit das Gymnasium Liestal im Schwerpunkt Wirtschaft/Recht mit Immersion Englisch. Ich bin seit 2016 Mitglied bei den Jungfreisinnigen und möchte mich mit meinem Engagement für eine liberale Politik stark machen. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine liberale Politik Voraussetzung ist für ein gutes, selbstbestimmtes Leben. Die Freiheit erlaubt den BürgerInnen, ihr Leben ganz nach ihren Bedürfnissen zu gestalten.



Die Co-Präsidenten der JFBL am Parteitag der FDP BL.

Altersvorsorge

Rentenalter: Ein Instrument, zwei Ziele

Jérôme Cosandey, Avenir Suisse

Das Rentenalter bleibt ein zentrales und emotionales Element der nächsten Altersvorsorgereform. Während die einen für dessen Erhöhung plädieren, ziehen die anderen eine Flexibilisierung vor. Sind das echte Lösungsansätze? Oder müssen wir eine Alternative suchen?

Flexibilität erwünscht

Ein flexibles Rentenalter berücksichtigt die individuellen Situationen und Präferenzen älterer Mitarbeiter. Dabei ist nicht nur der vollständige Rückzug aus dem Berufsleben im Alter zwischen 63 und 67 Jahren anzudenken, sondern auch ein gradueller. Eine Teilzeitstelle nach der «vorzeitigen» Teilpensionierung kann Lebenssinn stiften und eine Wochenstruktur mit sozialen Kontakten vermitteln, während Arbeitgeber wertvolles Wissen im Betrieb halten können.

So wünschbar eine Flexibilisierung des Rentenalters für den Arbeitsmarkt sein mag, zur Stabilisierung der AHV-Finzen leistet sie keinen Beitrag. Denn die Flexibilisierung erfolgt in der AHV nach dem Prinzip der Kostenneutralität. Wer früher in Pension geht, erhält weniger Rente – dafür länger – und umgekehrt. In der Summe bleibt



Jérôme Cosandey

die Auszahlung gleich. Nur wenn für eine gegebene Rente das Referenzrentenalter (heute 65 Jahre für Männer und 64 Jahre für Frauen) erhöht wird, werden die AHV-Finzen entlastet – dafür gleich doppelt: Einerseits leisten Arbeitgeber und Arbeitnehmer länger AHV-Beiträge, andererseits wird die Bezugsdauer der Rente verkürzt. Die finanziellen Konsequenzen sind substantiell: Eine Erhöhung des Rentenalters um 12 Monate für Mann und Frau würde bis 2030 eine Verbesserung der AHV-Rechnung um ca. 2,7 Milliarden Franken pro Jahr bringen.

Drei Ansätze zur Erhöhung des Rentenalters

In 17 OECD-Ländern ist ein Rentenalter über 65 entweder in Kraft oder

beschlossen, obwohl die Lebenserwartung in diesen Ländern tiefer liegt als in der Schweiz. Wie setzen diese Länder die Rentenaltererhöhung um? In Deutschland, wo das Rentenalter um einen Monat pro Jahr steigt, müssen Arbeitnehmer, die kurz vor der Pensionierung stehen, nur wenige Monate länger arbeiten. Jüngere haben mehr Zeit, um sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Dieses Vorgehen ist nicht nur fair, sondern berücksichtigt die Tatsache, dass ältere, von Reformen unmittelbar Betroffene, überproportional an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen.

Das Rentenalter kann auch an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt werden, wie das zum Beispiel in Dänemark, Finnland, Grossbritannien, Griechenland, den Niederlanden, Italien, Portugal, der Slowakei und Zypern geschieht. Solche Automatismen nehmen Blockaden bei schwierigen Entscheiden vorweg. Die Politik als Kontrollinstanz bestimmt nur, wann und wie auf mögliche Veränderungen zu reagieren ist. Sie schützt sich jedoch vor den Stimmen der Sirenen, die beim Eintreffen dieser Veränderungen nach dem Status quo rufen.

In der Schweiz nimmt die Lebenserwartung im Alter 65 jährlich um sieben Wochen zu. Gemäss einer simplen

Rechnung verbringt man heute 40 Jahre im Job und 20 Jahre in Pension. Die höhere Lebenserwartung könnte nach demselben Verhältnis aufgeteilt werden. Das würde bedeuten, dass jeder ca. vier Wochen später pensioniert würde als seine um ein Jahr älteren Kollegen. Trotz dieser verzögerten Pensionierung kämen alle in den Genuss von rund drei zusätzlichen Rentenwochen.

Veränderte Erwerbsbiografien, die höhere Lebenserwartung bei guter Gesundheit und absehbare Engpässe auf dem Arbeitsmarkt machen das Konzept eines gesetzlich fixierten Rentenalters schliesslich obsolet, weil es sowohl die Optionen für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber einschränkt. Schweden hat daraus die Konsequenzen gezogen und hat das starre ordentliche Rentenalter abgeschafft und nur eine Untergrenze für die Frühpensionierung vorgegeben. Je später die Pensionierung erfolgt, desto höher fällt die Rente aus. Das System sieht auch Teilrenten vor, um eine graduelle Reduktion des Arbeitspensums zu ermöglichen.

Diese Beispiele zeigen: die Erhöhung des Rentenalters ist in Demokratien möglich und kann unterschiedlich erreicht werden. Es wird Zeit, dass die Schweizerinnen und Schweizer die demografischen Veränderungen akzeptieren und ihren Weg dazu finden.

Stellungnahme von Naomi Reichlin, Vizepräsidentin

Jérôme Cosandey beschreibt verschiedene Möglichkeiten, das Rentenalter zu erhöhen und an die Lebensrealität anzupassen. Wie geht es mir als junge Person in Ausbildung, wenn ich an meine Rente denke? Ein Grossteil meiner Ausbildung und Berufstätigkeit liegt noch vor mir. Eines ist für mich aber klar: Ich möchte nicht, dass ein starres Rentensystem die Aufgabe der Berufstätigkeit diktiert. Denn was auch sicher ist: Die Arbeits- und Lebensmodelle werden in Zukunft noch vielfältiger. Die Folge ist, dass sich das Bedürfnis nach dem richtigen

Zeitpunkt für die Pensionierung von Person zu Person unterscheidet. Dabei spielen der Berufsalltag (Stress, körperliche oder geistige Arbeit), die finanzielle und familiäre Situation sowie die persönliche Zu- und Abneigung zum Job eine wichtige Rolle.

Und wo immer es um unterschiedliche menschliche Bedürfnisse geht, ist eine staatliche Vorgabe, im vorliegenden Fall ein fest vorgegebenes Rentenalter, unsinnig. Denn: Unsere Lebensrealitäten haben sich seit der Einführung des heutigen starren Rentenalters stark verändert. Daraus

müssen Konsequenzen gezogen werden.

Somit ist der von Jérôme Cosandey beschriebene Vorschlag für mich durchaus nachvollziehbar und sinnvoll, die Rente jeweils pro Jahr 4 Wochen nach hinten zu verschieben.

Ein grosses Hindernis für eine Flexibilisierung der AHV-Rente besteht darin, dass deren Finanzierung auf dem Umlageverfahren beruht. Zwar sind wir Jungen dazu bereit, zur Unterstützung der Rentner und der Arbeitnehmenden von unteren Einkommenschichten beizutragen. Jedoch wird

diese Last mit grösser werdendem Anteil der Rentenbevölkerung immer grösser (man betrachte den demografischen Wandel). Bei der Altersvorsorge wird man also nicht darum herumkommen, die Eigenverantwortung in der zweiten, dritten und vierten Säule zu stärken.

Eine Revision des heutigen Rentensystems ist unumgänglich, eine Flexibilisierung und eine Anhebung des Rentenalters ebenso. Dies ist grundsätzlich als Chance zu betrachten. Es braucht eine zukunftsgerichtete, mutige Vorsorgepolitik.